

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 9 1520-0  
Telefax: (0228) 9 1520-12 (Redaktion)  
9 1520-15

## Inhalt

**Dr. Hans-Jochen Vogel MdB** würdigt das Engagement von Rudolf Scharping, der vor einem Jahr zum Parteivorsitzenden gewählt worden war.

Seite 1

Das Kontrastprogramm der bayerischen SPD gegen das Dahin-Wurstein der CSU stellt **Dr. Albert Schmid MdL** vor.

Seite 2

### Dokumentation

Seit zwanzig Jahren ist Prof. Dr. Uwe Holtz MdB Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. **Hans-Ulrich Klose MdB** würdigt den "Verfechter eines fairen Nord-Süd-Ausgleichs".

Seite 4

49. Jahrgang / 118

23. Juni 1994

### **Rudolf Scharpings Bewährungsprobe** Vor einem Jahr wurde er zum Parteivorsitzenden gewählt

Von Dr. Hans-Jochen Vogel MdB

Am 25. Juni 1994 ist Rudolf Scharping ein Jahr Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Dem Voltum einer Mitgliederbefragung - es war die erste in der Geschichte der Partei - folgend, hat ihn ein außerordentlicher Parteitag in Essen am 25. Juni 1993 in dieses Amt und damit zum dritten Nachfolger von Willy Brandt gewählt. Das war der vorläufige Höhepunkt eines Weges, der ihn in 27 Jahren von seinem Beitritt im Jahre 1966 bis an die Spitze der Partei geführt hat.

Auf diesem Weg hat sich Rudolf Scharping als Fraktions- und als Landesvorsitzender in Rheinland-Pfalz bewährt und 1991 die Union im Stammland des Bundeskanzlers in die Opposition verwiesen. Eine eindrucksvolle Leistung, die typische Eigenschaften dieses Mannes erkennen ließ - nämlich Sachkunde, Beharrlichkeit, geduldige Konsequenz, Verlässlichkeit, Bürgernähe und eine feste sozialdemokratische Grundüberzeugung. Auch daß er etwas von der Macht und ihrer Ausübung versteht, wurde deutlich. Als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz verschaffte er sich zusätzlich Respekt, und zwar auch auf der Bundesebene.

All das kam ihm in seinem ersten Jahr als Parteivorsitzender zugute. Auf dem Wiesbadener Parteitag verhalf er der Partei zu großer Geschlossenheit und konzentrierte ihre Aufmerksamkeit auf die zentralen Themen. Auch gelingt es ihm immer wieder, die sozialdemokratischen Länder und die SPD-Bundestagsfraktion zu einheitlichen Positionen zusammenzuführen. Durch häufige Präsenz ist er bei der Bundestagsfraktion ein regelmäßiger Gesprächspartner. Die Pflegeversicherung zum Beispiel ist nur auf diese Weise und durch Festigkeit bei den Verhandlungen mit der Koalition zustande gekommen.

In den letzten Tagen hat Rudolf Scharping eine Bewährungsprobe besonderer Art bestanden. Die Europawahlen hatten die hochgespannten Erwartungen nicht erfüllt. Der Wind der veröffentlichten Meinung blies ihm ins Gesicht, die Partei war wieder vielstimmiger geworden, und einige aus den vorderen Reihen hielten die Schärfung des eigenen Medienprofils für noch wichtiger als die Unterstützung des Spitzenkandidaten. Rudolf Scharping hat sich dadurch

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Schumannstr. 2b, 53113 Bonn  
Postfach 1901 87, 53037 Bonn

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50 mtl.  
zuzügl. MwSt. und Versand.

Verwendeter Umgang  
mit wertvollen Rohstoffen  
Recycling-Papier



nicht beirren lassen. Er hat korrigiert, was zu korrigieren war und Kurs gehalten. Seine Rede auf dem Parteitag in Halle war kämpferisch und ermutigend. Die Delegierten haben das honoriert und ihm mit 95 Prozent nun auch förmlich zum Kanzlerkandidaten bestimmt.

Aber das genügt nicht. Es genügt auch nicht, daß der Parteivorsitzende und Kanzlerkandidat kämpft. Vielmehr sind alle Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aufgerufen, die Reihen zu schließen und Rudolf Scharping loyal und solidarisch zu unterstützen. Jeder an seinem Platz. Dann kann und wird im Herbst die Wende gelingen. In diesem Sinne gratuliere ich Rudolf Scharping zum ersten Jahrestag seiner Wahl und wünsche ihm viel Erfolg für die Zukunft. Ich werde ihn dabei nach Kräften unterstützen.

(-/23. Juni 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

### **Wir wollen Bayern modernisieren!**

**Das Kontrastprogramm der SPD gegen das Dahin-Wursteln der CSU**

**Von Dr. Albert Schmid MdL**

**Vorsitzender der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag**

Die Weichen für die Zukunft des Freistaates Bayern im nächsten Jahrhundert werden jetzt gestellt. Sozialdemokratische Alternativen und Maßnahmen sind ein klares Kontrastprogramm zum Dahin-Wursteln der CSU-gelenkten derzeitigen Bayerischen Staatsregierung: Wir wollen die bayerische Wirtschaft modernisieren, damit sie im nächsten Jahrhundert Zukunft hat. Wir wollen mit einer Qualifizierungs- und Bildungsoffensive "in den Menschen investieren". Und wir wollen Ökonomie und Ökologie, die in der Praxis längst keine Gegensätze mehr sind, auch politisch zusammenführen: Bayern soll eine ökologische Modellregion in Europa werden.

Die politischen Zielsetzungen wollen wir einbetten in ein anderes Politikverständnis, dessen Eckpfeiler die Solidarität und der Dialog sind. Der politische Wert "Solidarität" ist für uns die Voraussetzung, um zu Frieden nach innen, nach außen und mit der Natur zu kommen, um soziale Gerechtigkeit und Wohlstand zu vereinen. Ebenso unverzichtbar ist für uns ein anderer politischer Stil: Wir wollen den umfassenden politischen und gesellschaftlichen Dialog zwischen dem kritischen und engagierten Bürger und dem selbstbewußten, aber ebenso selbstkritischen und dialogbereiten Politiker.

Unsere Leitlinien im einzelnen sind:

#### **1. Wir wollen die Wirtschaft für das 21. Jahrhundert modernisieren**

- o Wir wollen die Industrien des 19. Jahrhunderts- die klassischen Industrien wie Maschinenbau, Stahl, Chemische Industrie, Porzellan, Keramik, Automobilbau, Glas und Holz - nicht einfach abschreiben. Diese klassischen Industrien sollen neue Chancen erhalten. Dazu sind branchenspezifische Konzepte erforderlich.
- o Wir fordern ein Landesarbeitsmarktprogramm, um Qualifikation nicht brach liegen zu lassen und zu vergeuden. Dieses Landesarbeitsmarktprogramm wird in der Anlaufphase mit 200 Millionen Mark ausgestattet. Zu diesem Zweck müssen an Industriestandorten und in Regionen mit besonderen strukturellen Problemen Qualifizierungs- und Entwicklungsgesellschaften gebildet werden. Unter Beteiligung der örtlichen Arbeitsämter, der Betriebe, der Gewerkschaften sowie der Kammern und der ansässigen Bildungsträger erhalten die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Chance zur Weiterqualifizierung. Gleichzeitig kann das Know-how arbeitslo-

ser, qualifizierter Fachkräfte zur Entwicklung von Produktideen bis hin zur Serienreife eingesetzt werden.

- o Ein Überbrückungs- und Strukturhilfeprogramm soll als Feuerwehrrfonds mit ebenfalls 200 Millionen Mark für Unternehmen in Krisenbranchen bereitgestellt werden. Im Gegensatz zu den Zinsverbilligungsprogrammen der CSU-Regierung wollen wir Liquiditätszuschüsse als zeitlich befristete Hilfen für gefährdete Betriebe mit Marktperspektive zur Verfügung stellen.
- o Im Rahmen einer projektorientierten Verbundforschung zwischen mittelständischen Betrieben und Hochschuleinrichtungen halten wir ein mit 100 Millionen Mark ausgestattetes Programm zur Projektförderung auf regionaler Ebene für notwendig.

## **2. Wir wollen mit einer Qualifizierungs- und Bildungsoffensive "In den Menschen investieren"**

- o Wir werden die Weiterbildung umfassend reformieren und - neben Schule, beruflicher Bildung und Hochschule - zu einer vollwertigen vierten Säule unseres Bildungssystems ausbauen.
- o Wir sind der Auffassung, daß die Wissenschaftsorganisation im Blick auf die Zusammenarbeit von Einrichtungen der Grundlagenforschung und der angewandten Forschung optimiert werden muß. Anstelle des Beirates beim Kultusministerium sind wir für einen Wissenschaftsrat auf Länderebene zur Beratung von Parlament und Regierung.
- o Angesichts knapper öffentlicher Mittel treten wir im Bildungsbereich für Reformen ein, die nichts kosten. Reformen ohne Geld sind möglich. Bildungsinhalte müssen überprüft und Lehrmethoden geändert werden. Das gilt von der Grundschule bis hin zu den Universitäten.

## **3. Wir wollen nachhaltiges Wirtschaften: Bayern soll ökologische Modellregion in Europa werden**

- o Wir wollen, daß Bayern eine ökologische Modellregion in Europa wird. Nur dann wird Bayern auch als Wirtschaftsstandort Zukunft haben. Ökonomie und Ökologie gehören zusammen.
- o In der Praxis sind Ökonomie und Ökologie längst keine Gegensätze mehr. Jede Investition von einer Milliarde Mark in den Umweltschutz bedeutet einen volkswirtschaftlichen Nutzen von fünf Milliarden Mark. 200.000 Personen sind in Bayern im Umweltsektor tätig, und der Umwelttechnikmarkt gehört mit Wachstumsraten bis zu acht Prozent und einem Volumen von 40 Milliarden Mark zu den dynamischsten Märkten in Deutschland. Umweltschutz ist also weder Arbeitsplatzkiller noch Investitionshemmnis, sondern eine ausgesprochene Wachstumsbranche.
- o Von strategischer Bedeutung für eine ökologische Modellregion Bayern ist die Energiepolitik. 21 Prozent des bayerischen Primärenergieverbrauchs werden durch Mineralöl, 21 Prozent durch Kernenergie und lediglich sieben Prozent aus erneuerbaren Energien - davon sechs Prozent aus Wasserkraft - gedeckt.
- o Wir sind für Energiesparmaßnahmen - insbesondere im Bereich der Wärmedämmung und im Verkehrssektor -, für Effizienzsteigerung - unter anderem durch den Einsatz von Blockheizkraftwerken - und für die Förderung regenerativer Energie.
- o Ein besonderer Stellenwert für eine moderne Energiepolitik kommt der Solarenergie zu. Wir wollen den Anteil der Solarenergie in all ihren Formen innerhalb der nächsten Jahre deutlich steigern. Zu diesem Zweck werden wir auf ein zehn Jahre angelegtes Markteinführungsprogramm für regenerative Energien auflegen.
- o Damit einhergehen muß der Abbau von Subventionen für Kohle.

#### **4. Solidarität als politische Wertorientierung**

Wir sind für eine klare politischen Wertorientierung. Innerhalb dieses Rahmens sind wir aber bereit, uns ohne Scheuklappen mit politischen Forderungen, politischen Themen und der Tagespolitik pragmatisch zu befassen. Wir sind für eine ökologisch vertretbare, menschlich und sozialverträgliche Wirtschaftsordnung.

Gerade in Zeiten ökonomischer Krisen und strukturellen Wandels treten wir für mehr und nicht weniger Solidarität zwischen Menschen und Gruppen unserer Gesellschaft ein.

Wir wollen Frieden und Freiheit im Innern und nach außen, soziale Gerechtigkeit und Wohlstand miteinander verbinden, die Gleichstellung von Mann und Frau in Staat und Gesellschaft verwirklichen, die Bewahrung der Umwelt zu einem großen Thema unserer Gesellschaft machen und die kulturelle Vielfalt in Bayern erhalten und mehren.

#### **5. Dialog als politischer Stil**

Wir treten ein für einen umfassenden politischen und gesellschaftlichen Dialog, einen großen öffentlichen Diskurs zwischen Bürgerinnen und Bürgern, Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Wissenschaft und Verbänden.

Dabei muß Politik im eigenen Interesse, aber vor allen Dingen im Interesse des Gemeinwesens Wert auf Sachverstand von außen legen und immer wieder Rückkoppelung mit allen engagierten Bürgerinnen und Bürgern suchen.

Für unser Leitbild im Verhältnis zwischen Bürger und Politiker gilt das, was Willy Brandt im Jahre 1969 formulierte: Politiker sind "Gewählte und nicht Erwählte". Das setzt den kritischen und engagierten Bürger ebenso voraus wie den selbstbewußten, aber auch selbstkritischen und dialogbereiten Politiker.

Mit diesen Alternativen treten wir gegen eine CSU und gegen die von ihr gestellte Bayerische Staatsregierung an, die vor lauter Verkrustung und Erstarrung und eingebunden in Abhängigkeiten kaum noch handlungsfähig sind und, wenn sie handeln, dies in die falsche Richtung tun. Mit der CSU ist Bayern auf dem Weg ins nächste Jahrhundert nicht gedient.

(-/22. Juni 1994/rs/fr)

\*\*\*\*\*

## **DOKUMENTATION**

### **Uwe Holtz - Verfechter eines fairen Nord-Süd-Ausgleichs**

Der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Hans-Ulrich Klose, hielt auf Prof. Dr. Uwe Holtz, der seit 20 Jahren Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit ist, am Donnerstag in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn nachstehende Laudatio.

Gäbe es ein Bundestagsverzeichnis der Rekorde, Uwe Holtz wäre darin so oft erwähnt, daß dies schon wieder ein Rekord wäre.

Aus meiner ersten Rede als Fraktionsvorsitzender zum Thema "Asyl und Fluchtursachenbekämpfung" zitiere ich wie folgt: "Uwe Holtz hat recht, und Sie, Herr Kollege Schäuble, haben Unrecht, wenn sie den Menschen weiszumachen versuchen, mit einer Änderung des Artikels 16 sei das Asylproblem zu lösen."

Für diesen erfahrenen Berater richten wir heute diese Feier aus.

20 Jahre Vorsitz des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Und gleichzeitig feiern wir den dienstältesten Ausschußvorsitzenden, den der Bundestag in seiner Geschichte je gehabt hat. Denn wenn Uwe Holtz am Ende dieser Legislaturperiode aus dem Parlament ausscheidet, wird er denjeni-

gen, der 1969 vor ihm als erster sein 20jähriges Dienstjubiläum feiern konnte, unseren ehemaligen Kollegen Schoettle, um mehrere Monate übertroffen haben.

Als Uwe Holtz am 6. Juni 1974 die Nachfolge von Alwin Brück (der als Parlamentarischer Staatssekretär ins Entwicklungsministerium ging), antrat, war er mit knapp 30 Jahren der jüngste Ausschußvorsitzende. Und der "Benjamin" der SPD-Fraktion wurde Ausschußvorsitzender nach nur zweijähriger Mitgliedschaft im Parlament.

Den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit gibt es seit 1962. Über zwei Drittel der seitdem vergangenen Jahre hat Uwe Holtz als Vorsitzender konsensorientiert sein oberstes Ziel verfolgt: unter den politischen Parteien in der Bundesrepublik für den fairen Nord-Süd-Ausgleich ein gemeinsames Fundament und gemeinsame Lösungsstrategien in der Entwicklungszusammenarbeit zu schaffen.

Acht Minister amtierten während seiner Zeit als Ausschußvorsitzender - auch dies wahrscheinlich ein Rekord: angefangen bei Erhard Eppler, der heute noch ein geschätzter Berater unserer Fraktion in entwicklungspolitischen Angelegenheit ist. Ihm folgte Egon Bahr, eher bekannt als Politiker des Wandels durch Annäherung von Ost und West. Wie sehr die weltpolitischen Geschehnisse auch entwicklungspolitisch miteinander verknüpft sind, zeigte sich nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion und des Warschauer Paktes. Und als führender SPD-Politiker hat Uwe Holtz gleich nach dem Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion davor gewarnt, die Hilfe für den Umbau von Politik, Gesellschaft und Wirtschaft in den Ländern Mittel- und Osteuropas zu Lasten des Nord-Süd-Ausgleich zu leisten.

Sein Kreistagsmandat mitgerechnet, blickt Uwe Holtz heute auf ein Vierteljahrhundert Abgeordneten-sein zurück - im besten Alter von 50 Jahren. Vor sich hat er noch viele Jahre der Berufstätigkeit, in denen er seine politische Erfahrung weitergeben kann. Auch dieses etwas Neues: ein Abgeordneter scheidet nach so langen Jahren aus und ist jung genug, um nicht selbst als graue Eminenz im Rentenalter aufzutreten.

Uwe Holtz hat sich früh in der Nord-Süd-Arbeit engagiert, über kirchliche Arbeit und die Parteilarbeit. Seine Sprachbegabung und Sprachkenntnisse halfen ihm bei seiner Aufgabe. Er beherrscht fünf Fremdsprachen. Und wenn er im Urlaub nach Griechenland fährt, eignet er sich vorher den Grund-sprachschatz des Neugriechischen an. Als Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages und des Wirtschaftsausschusses in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates hat er das Nord-Süd-Engagement politisch verantwortlich umgesetzt.

Informationen holt er gezielt ein vor Ort in Entwicklungsländern und Industrieländern. Die über seine internationale Parlamentarierarbeit gewonnenen politischen und persönlichen Kontakte pflegt er und nutzt dafür Dienst- und Privatreisen. Dabei achtete er während seiner 20jährigen Vorsitzendenzeit darauf, daß vom Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit die politisch notwendigen Reisen gut vorbereitet mit dem durch die Ausschußarbeit gerechtfertigten Arbeitsprogramm durchgeführt wurden.

Ich selbst habe - wenn ich es recht erinnere - zwei Reisen mit ihm gemacht; beide nach Lateinamerika. Beide Reisen waren informativ und wichtig für unsere gemeinsame Arbeit. In einem der besuchten Länder trafen wir eher zufällig mit einem Emigranten-Ehepaar aus der Sowjetunion zusammen, die uns fragten, wie es denn weitergehe in der Sowjetunion - das war lange vor 1989/90. Uwe Holtz antwortete: er wisse es nicht; eines aber wisse er: keine Diktatur dauere ewig.

Wie sieht der politische Werdegang eines jungen Politikers in der deutschen Demokratie aus? Uwe Holtz hat sich, wie erwähnt, früh in internationaler Nord-Süd-Arbeit engagiert. Mitglied der SPD seit 1963, wurde er früh ins Studentenparlament und in den Kreistag gewählt. Hier, wo so viele politische Karrieren enden, schaltete sich die damalige graue Eminenz der SPD in Nordrhein-Westfalen ein. Der damalige Landwirtschaftsminister Hans Otto Bäumler schlug "das Jüngelchen aus Neviges" als Kandidaten für ein Bundestagsmandat vor. Und wer war sein Gegenkandidat bei der Nominierung? Klaus Hänsch, unser Spitzenkandidat im Europäischen Parlament. Und wem nahm er beim ersten Anlauf

das Direktmandat ab? Gerhard Schröder, Außenminister der CDU-geführten Bundesregierung. Mettmann ist offenbar ein europäisch/international geprägter Wahlkreis!

Das große Vorbild von Uwe Holtz ist Carlo Schmid. Und dies führt uns zum Wissenschaftler Uwe Holtz. Die wissenschaftliche Laufbahn wollte er immer einschlagen. Vor seiner Nominierung und Wahl in den Bundestag hatte er eine Assistentenstelle an der Hochschule in Kiel. Die Ausübung seines Bundestagsmandates hat Uwe Holtz nicht daran gehindert, weiter wissenschaftlich zu arbeiten.

1975 begann er seine Lehrtätigkeit an der Universität Bonn. In seiner Person vereinigten sich schon damals der Politiker in verantwortlicher Position und der Wissenschaftler in der Lehre. Diese Verbindung, nämlich als Wissenschaftler zu lehren, was er als Politiker tut und umgekehrt, ist nicht nur für Studierende fruchtbar. Sie sehen und spüren die jeweils konkrete Umsetzung. Er "kommt an" bei seinen Studenten und Studentinnen.

Für Politik und Wissenschaft hat sich sein Engagement als fruchtbar erwiesen: das Nord-Süd-Zentrum in Lissabon verdankt seinem persönlichen europaweiten Einsatz viel - auch wenn die Bundesregierung sich noch nicht zu einer deutschen Mitfinanzierung durchringen konnte. Und in Bonn wird im Rahmen des Internationalen Wissenschaftsforums das Zentrum für Entwicklungsforschung aufgebaut. Dies ist Teil der Kompensation für den Berlin-Umzug des Parlaments. Uwe Holtz war maßgeblich in die Planung dieses Wissenschaftsprojektes eingebunden. Als Parlamentarier hat er sich für den Ausgleich im Rahmen des Bonn-Berlin-Beschlusses des Bundestages eingesetzt. Als Wissenschaftler setzt er sich für das Forschungszentrum ein, an dem die Universitäten Bonn, Köln und Aachen beteiligt sind. Als Verfechter des fairen Nord-Süd-Ausgleichs setzt er sich für ein Zentrum für Entwicklungsforschung ein, mit starkem Anwendungsbezug, Verknüpfung von Theorie und Praxis, mit Integration der Entwicklungsländer, mit internationaler Besetzung, zum Beispiel einem ehemaligen Weltbankpräsidenten.

#### **Es geht ein Kämpfer für den fairen Nord-Süd-Ausgleich**

Wer national und international so aktiv und erfolgreich ist wie Uwe Holtz, bekleidet natürlich im Laufe seiner Parlamentarierzeit viele Ämter und Funktionen. Sie hier alle aufzuzählen ist zu zeitraubend. Einige möchte ich dennoch aufgreifen:

Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion (1976-1981), Stellvertretender Vorsitzender der Kommission für Internationale Beziehungen beim SPD-Parteivorstand; Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Parlamentarischen Versammlung des Europarates; Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses der Interparlamentarischen Union; Vizepräsident der Wirtschafts- und Sozialkommission und im Ausschuß für die autonomen Gebiete.

Kommt bei allem nicht die Familie zu kurz? Im Fall Uwe Holtz muß man wohl mit Ja und Nein antworten. Denn seine Familie gründete er als Mandatsträger: als Kreistagsabgeordneter Hochzeit, und als Ausschußvorsitzender Vater. Das Familienleben war jedoch reduziert. Der Kontakt mit den Kindern oft nur telefonisch möglich - aber regelmäßig und intensiv. Uwe Holtz hat fehlende Zeit für Frau und Kinder als einen Grund genannt, jetzt als Parlamentarier aufzuhören.

Mit ihm geht ein anerkannt erfahrender Entwicklungspolitiker, der sich für die Stärkung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit, für die Stärkung der Nichtregierungsorganisationen und die stärkere Internationalisierung unserer Entwicklungspolitik eingesetzt hat. Es geht ein Kämpfer für den fairen Nord-Süd-Ausgleich. Uns bleibt der von ihm geprägte "Holtz'sche Entwicklungsbegriff", der alle Komponenten auffächert und abdeckt, die so gerne unter dem allgemeinen Begriff "Nachhaltigkeit" versteckt werden: eine auf Dauer tragfähige, wirtschaftlich produktive, sozial gerechte, ökologisch verträgliche, menschenwürdige Entwicklung. Diesen Begriff hat die SPD in ihrem Gesetzentwurf für ein Entwicklungspolitisches Gesetz festgeschrieben.

Lieber Uwe, wir danken Dir für Deine langjährige Arbeit als Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Wir werden Dich vermissen. Die Verbindungen zu Dir sollen und werden aber nicht abreißen. Wir werden Deinen Rat einholen, und wir bitten Dich, Dich ungefragt zu Wort zu melden, wenn es Dir richtig erscheint. alles Gute, lieber Freund.

\*\*\*\*\*

(-/23. Juni 1994/hgs/fr)